

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: fünf im Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

**Postfach-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassen:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — wird die Verantwortung der Zeitung oder der Verlegerübernahme — hat der Verleger keinen Anspruch auf Verfertigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Reichsmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundschrift 25 Pfg., druckbare Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamenschrift (im Textfeld) 70 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 62

Dienstag, den 15. März 1927.

82. Jahrgang

## Tageschau.

Im Völkerbundrat kam es am Sonnabend zu einem für Deutschland unbefriedigenden Kompromiß in der Saarfrage und in der oberschlesischen Schulfrage.

Die deutsche Delegation ist mit Dr. Stresemann Sonntag nachmittag 6 Uhr von Genf abgereist.

In Paris wurden Riesenbetrügereien des Finanziers Rochette aufgedeckt. Die erschwundenen Beträge werden auf über 40 Millionen Franken geschätzt.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Genfer Kompromisse.

### Das Kompromiß in der Saarfrage.

Genf, 12. März. (W. L. B.) Der Völkerbundrat hat heute abend den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebietes einstimmig gemeinsam mit folgenden von Scialoja formulierten Zusätzen angenommen:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission über die Frage der Transport- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten verwirklicht, und infolgedessen wird die im Saargebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnschutz ebenso wie die Bahnschutztruppe wird unter den Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur in außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angeordnet ist, stellt die Maximalstärke dar. Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

### Eine Verlegenheitslösung in der oberschlesischen Schulfrage.

Die große Entscheidung am Sonnabend mußte etwas verschoben werden, weil ausgerechnet der chinesische Delegierte Tschu eine Viertelstunde zu spät kam und erst telefonisch gesucht werden mußte. Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung, die sich auf Artikel 16 der Satzung mit dem Völkerbundvertrag in Form der Wirtschafts- und Finanzblockade beziehen, wurden schleunigst durch Vertagung erledigt. Dann kam der oberschlesische Schulstreit. In dem Bericht, den die vom Rat eingeleitete Kommission nach vielen Sitzungen erstattet, ist im allgemeinen der Rechtsstandpunkt und damit der Standpunkt Deutschlands und des Präsidenten Calonder gewahrt.

Es ist aber die Ausnahme gemacht, daß in einzelnen Fällen Präsident Calonder mit Unterstützung durch einen Schweizer Pädagogen noch einmal die praktische Wirkung der Zulassung der Kinder polnischer Muttersprache zu den deutschen Minderheitsschulen nachprüfen kann. Das entspricht nicht dem Rechtsstandpunkt, wie gleich nach dem Bericht Dr. Stresemann in einer längeren Rede feststellte. Er erklärte, daß Deutschland diesen Bericht nur deshalb annehme, weil in Oberschlesien ein Notstand eingetreten sei, der eine Ausweitung des deutschen Rechtsstandpunktes im Augenblick nicht möglich mache. (Nach Stresemanns Ansicht!)

Der deutsche Außenminister stellte im übrigen fest, daß die deutsche Auffassung, monach ohne jede Beeinträchtigung die Kinder polnischer Muttersprache in deutschen Minderheitsschulen angemeldet werden dürften und ohne Nachprüfung zugelassen werden müssen, umgekehrt von Polen für Kinder deutscher Muttersprache bei der Anwendung der polnischen Minderheitsschule in der Freien Stadt Danzig von der polnischen Regierung vertreten und durchgeführt sei.

Natürlich mußte Jaleski antworten. Er versuchte sich mit der Behauptung zu verteidigen, daß die polnische Regierung die oberschlesische Konvention stets beobachtet habe, und bezog sich dann zu seinem Ungunsten zwecks Rechtfertigung des polnischen Standpunktes auf eine Rede, die der preußische Ministerpräsident Brauns einmal über die Schulfrage in Schleswig-Holstein vor dem Landtage gehalten hat. Stresemann antwortete: „Er müsse seine besondere Freude darüber aussprechen, daß die Uebereinstimmung zwischen Deutschland und Polen jetzt schon so weit fortge-

schritten sei, daß der polnische Außenminister vor aller Welt die Haltung der preußischen Regierung in einer Streitfrage dem Reichsaußenminister als gutes Beispiel vorhalte. Früher habe leider Polen für Preußen nicht so viel Verständnis gehabt.“

Jaleski macht ein dummes Gesicht und schweigt.

### Das Nachgeben in der Saarfrage.

Sodann verlas Scialoja den Bericht, der eine nochmalige Aufzählung der bisherigen Verhandlungen und eine Inhaltsangabe des Vorschlages der Saarregierung darstellt. Nach ihm ergriff der Vorsitzende der Regierungskommission der Saar, der Kanadier Stephens, das Wort. Er drückte die Hoffnung aus, daß man im Rat eine gemeinsame Formel zur Lösung der Frage finden werde. Der deutsche Außenminister fragte, ob das Wort gewünscht werde. Briand schweig. Stresemann erklärte, daß er vom deutschen Standpunkt aus (?) Ausführungen machen müsse. Eine Vertagung dieser Frage, die schon seit sieben Jahren den Völkerbund beschäftigt ohne Lösung, sei nicht möglich. Die Frage sei für den Völkerbund von größter Wichtigkeit, weil von ihrer Lösung die Wertung des Völkerbundes selbst abhängen. Er müsse längere Ausführungen machen, weil zum ersten Male ein Vertreter eines Landes spreche, zu dem die Saarbevölkerung gehöre.

Sehr überraschend machte dann Stresemann, nachdem die französische Delegation sich so hartnäckig gezeigt hat, einen Kompromißvorschlag.

Er legte zunächst völkerrechtlich dar, daß nach dem Vertrag von Versailles im Saargebiet nur eine örtliche Gendarmerie organisiert werden dürfe und daß diese Gendarmerie auch nach Ansicht der Regierungskommission durchaus ausreiche, um den Transitverkehr zu schützen. Er müsse einen offiziellen Rechtsvorbehalt Deutschlands anmelden, wenn ein Eisenbahnschutz gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages im Saargebiet organisiert werde, und er müsse einen zweiten Rechtsvorbehalt dagegen anmelden, daß man den Eisenbahnschutz begründe mit der Rücksicht auf die Befugnisse der Truppe. Es bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen dem besetzten Gebiet und dem vom Völkerbund verwalteten Saargebiet.

Trotzdem gebe er aber — und nun kam die Nebenentscheidung — die Erklärung ab, daß die deutsche Delegation sich mit der Einlösung des Eisenbahnschutzes abfinden werde, wenn

1. der Termin des Abzugs der französischen Truppen genau festgesetzt sei,
2. die Stärke des Bahnschutzes auf einige hundert Mann herabgesetzt werde,
3. die Formationen einen internationalen Charakter und nicht den Charakter einer Truppe der Allierten erhalten,
4. die Truppe nur unter außerordentlichen Umständen Funktionen gegenüber der Bevölkerung erhalte.

Stresemann betonte dann sehr stark, daß er zu diesem Kompromißvorschlag keinerlei Instruktionen aus Berlin erhalten habe. Es komme ihm aber hier nicht darauf an, sich auf ein Prinzip zu versteifen, sondern eine praktische Lösung zu finden. Das betone er vor allem gegenüber den Mitgliedern des Rats.

Hierauf erklärte Briand, er stehe seinerseits gleichfalls nunmehr fest, daß zwischen den verschiedenen Auffassungen keinerlei Unterschiede mehr beständen.

Briand erklärte weiter, er stimme dem zu, daß die Befugnisse des Bahnschutzes nur in außergewöhnlichen Fällen in Anspruch genommen werden sollen. Ferner sei er einverstanden mit der Festsetzung eines Termins für den Abzug der französischen Truppen. Bezüglich des internationalen Charakters der Bahnschutztruppen könne er Dr. Stresemann aber nicht ganz zustimmen, da der Völkerbund die von Stresemann gewünschte Unerkennung noch nicht erreicht habe. Briand beglückwünschte dann Dr. Stresemann und sich selbst zu der erzielten Einigung. Locarno sei kein leeres Wort, sondern ein Symbol.

Hierauf wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen. Während der Pause soll der Berichterstatter Scialoja die von Dr. Stresemann vorgeschlagene Reformulierung des Berichtes ausarbeiten.

Kurz vor 7 Uhr abends wurde die Pause, die dem Berichterstatter für die Saarfrage, Senator Scialoja, zur Aufzählung des neuen Berichtes über die Saarfrage aufgegeben war, wieder aufgehoben. Scialoja legte dem Völkerbundrat dann die eingangs mitgeteilte Entscheidung vor, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde.

Nach einer kurzen Schlussrede erklärte Dr. Stresemann die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates für geschlossen.

## Chamberlain und Jaleski befriedigt.

Paris, 13. März. (Draht.) Heute vormittag kurz nach 9 Uhr trafen der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Jaleski von Genf kommend in Paris ein. Beide erklärten Pariser Pressevertretern, sie seien mit der Genfer Lösung und ihren glücklichen Ergebnissen, insbesondere in der ziemlich heiklen Saarfrage, zufrieden. Nach einem kurzen Aufenthalt in der englischen Botschaft setzte Chamberlain seine Reise nach England fort. Der polnische Außenminister wird einige Tage in Paris verweilen.

## Heimkehr der deutschen Delegation.

Berlin, 13. März. Die deutsche Delegation, die heute nachmittag 6 Uhr mit dem Außenminister Dr. Stresemann von Genf abgereist ist, wird am Montagnachmittag gegen 5 Uhr in Berlin eintreffen. Ueber den Gang der Beratungen, die dann im Anschluß an das in Genf erzielte Resultat einzufließen werden, sind endgültige Einzelbestimmungen noch nicht getroffen, aber es ist damit zu rechnen, daß, wie immer in solchen Fällen, der Außenminister noch am Abend seiner Ankunft in Berlin dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler einen ersten Besuch erstatten wird. Für Dienstag ist eine Kabinettsitzung und für Mittwoch die Beratung der Genfer Ergebnisse im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages vorgesehen.

In der öffentlichen Meinung hat der Streit über die Wertung des Verhandlungsabchlusses von Genf bereits lebhaft eingesetzt. Ueber die Regelung der oberschlesischen Schulfrage herrscht nirgends besondere Aufregung oder Enttäuschung, aber die Erledigung des Saargebietes hat hier die Aufmerksamkeit und das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße erregt. Einige rechtsstehende Blätter sprechen sich scharf dagegen aus, daß der Außenminister, anstatt eine Abstimmung im Völkerbundrat herbeizuführen, auf ein Kompromiß eingegangen ist, und daß er in der ausgesprochenen Absicht, eine solche Abstimmung zu vermeiden, einer Lösung zustimmte, die nicht den ursprünglichen deutschen Ansprüchen in der Saarfrage gerecht wird. Gegenüber dieser Kritik wird in den der Regierung nahestehenden politischen Kreisen betont, daß der deutsche Rechtsstandpunkt nicht (schlecht)hin aufgegeben worden ist, sondern daß lediglich auf eine Neuorientierung dieses Rechtsstandpunktes verzichtet wurde. Auch hebt man hervor, daß im Falle einer Abstimmung in Genf zweifellos die Maximalforderung der Gegenseite glatt durchgesetzt worden wäre, während auf dem Kompromißwege einige, wenn auch nicht besonders bedeutende Konzessionen herausgeholt werden konnten. Man ist in Berlin selbstverständlich durchweg der Meinung, daß zu besonderem Jubel keinerlei Anlaß vorliegt und daß das Ergebnis der Märztagung des Rates sich recht unvoreingenommen vom dem Ergebnis der Dezemberberatung unterscheidet. Auf Einzelheiten wird man noch näher eingehen haben, wenn der Bericht der deutschen Delegation und des Außenministers in Berlin erstattet worden ist.

## London zum Genfer Ergebnis.

London, 13. März. (Draht.) Als eines der besten Ergebnisse der diesmaligen Verhandlungen der Genfer Ratstagung, die im übrigen in England nicht übermäßig großes Interesse fanden, wird hier die Tatsache bezeichnet, daß zwischen Deutschland und Polen eine Einigung zu verzeichnen sei, die die Wiederaufnahme neuer Handelsvertragsverhandlungen beider Länder ermögliche. Die Tatsache, daß sich Chamberlain um eine deutsch-polnische Verständigung bemühte, ist in England niemals abgestritten worden, vielmehr gerade als Beweis dafür angeführt, daß die englische Politik eine allgemeine Verständigung anstrebe. Die Schwierigkeiten mit Rußland, so erklärt man hier, seien nicht aus vorher genau berechneter diplomatischer Taktik Rußlands entstanden, sondern seien nur die Widerspiegelung eines direkten und offenen Gegensatzes zwischen Rußland und Großbritannien im fernem Osten.

## Pariser Stimmen zum Ergebnis von Genf.

Paris, 13. März. (Draht.) Die Sonntagspresse widmet dem gestrigen Schlußtag der Genfer Ratstagung lange Betrachtungen. Die der Regierung nahestehende Presse und die gemäßigten und Unparteilichen haben die Atmosphäre der Entspannung und des allseitigen Willens hervor, die Rechte läßt es nicht an Angriffen gegen Briand fehlen. Der Temps hebt den militärischen und internationalen Charakter der Eisenbahnschutztruppe des Saargebietes hervor und mißt der deutsch-polnischen Entspannung große Bedeutung bei. Das rechtsstehende Journal des Debats erklärt, der Kommando der französischen Truppen im Juni und die Zustimmung, daß die Schutztruppe nur in außergewöhnlichen Fällen eingreifen würde, seien als Erfolge Dr. Stresemanns zu buchen. Das Blatt empfiehlt die Wiederherstellung einer französisch-englischen Politik gegenüber der Vertrag zwischen Deutschland und Rußland. Im Echo de Paris erklärt Paris, die Regelung der Saarfrage zeige die Entschlossenheit der französischen Politik.